

A n t r a g
des
RECHTS- UND VERFASSUNGS-AUSSCHUSSES

über den Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Abgeordneten Dr. Michalitsch, Dr. Sidl, Mag. Karner und Ing. Schulz betreffend Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das Internationalisierungsprogramm des Landes Niederösterreich weiter fortzuführen und so die von den Sanktionen gegen Russland betroffenen niederösterreichischen Unternehmen zu unterstützen, sowie zusätzliche Mittel im Rahmen des Internationalisierungsprogrammes für die Bearbeitung neuer Märkte für Unternehmen bereitzustellen.

2. Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass im Rahmen der Förderbank Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft mbH (AWS) und die Mittel des Bundes für Haftungen bei Bedarf erhöht werden um allfällige kurzfristige Ausfälle abzufedern.

3. Durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO wird der Antrag LT-469/A-3/35 -2014 miterledigt.“

Dr. SIDL
Berichterstatter

Dr. MICHALITSCH
Obmann